



Fraktion im Rat der Gemeinde Extertal



Extertal, 3. März 2020

An die
Gemeinde Extertal
Frau Bürgermeisterin Monika Rehmert
- Rathaus -
32699 Extertal-Bösingfeld

OGS Bösingfeld hier: Zukunftsperspektiven nach der Kellersanierung

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin Rehmert,

in der letzten Sitzung des Ausschusses „Bauen, Planen und Gemeindeentwicklung“ ist einmütig die Entscheidung gefallen, die im Haushalt 2020 mit Sperrvermerk eingeplanten Gelder für die Kellersanierung an der Grundschule Bösingfeld „freizugeben“. Das federführende Architekturbüro hat Investitionskosten in Höhe von ca. 320000 € für eine umfassende und baulich-optimale Sanierung des Kellerbereiches ermittelt. Die Kosten basieren auf einer Schätzung und können - aufgrund des Bauens im Bestand - durchaus noch nach oben oder unten variieren.

Aus unserer Sicht war dies eine kluge, sachgerechte und zielführende Entscheidung, die von den Bauausschussmitgliedern unserer Fraktion mitgetragen wurde. Die Gesamtfraktion steht ebenfalls zu diesem Beschluss. Es bleibt allerdings festzuhalten: Für eine langfristige Lösung der räumlichen Unterbringung der OGS gibt es noch keine politischen Beschlüsse.

Die hohe Investitionssumme fordert uns als Kommunalpolitiker deshalb auf, bzgl. der zukünftigen Unterbringung der OGS, Position zu beziehen. Auch wenn zurzeit noch nicht alle Fragen beantwortet werden können - ganz besonders auch die Höhe einer möglichen Förderung im Falle des politischen Beschlusses eines Rechtsanspruches für die OGS-Betreuung -, macht es durchaus Sinn, bereits jetzt den Sachverhalt zu diskutieren. Diese Beratungen beantragen wir hiermit und teilen in der Angelegenheit **unsere Grundgedanken und unsere aktuelle Position** mit:

1. Die OGS bleibt künftig in den dann vollständig sanierten Räumlichkeiten im Kellerbereich.
2. Wir fordern Bund / Land auf, schnellstmöglich eine Entscheidung zu treffen, was den Rechtsanspruch einer Betreuung von OGS-Kindern angeht.
3. Wir appellieren an den Gesetzgeber, ein auskömmliches Förderprogramm aufzulegen, dass die Kommunen in die Lage versetzt, diesen Rechtsanspruch zu erfüllen. Extertal benötigt nach jetzigem Stand weitere Raumkapazitäten, um eine voraussichtlich steigende Anzahl von Betreuungsplätzen für Kinder anbieten zu können.
4. Die jetzige Mensa im Kellerbereich wird zu dem Zeitpunkt (also, wenn Beschlüsse zu den Punkten 2 und 3 vorliegen) so umgebaut, dass weitere Platzkapazitäten für die Betreuung der Kinder geschaffen werden können.

5. In dem Zusammenhang ist zu gegebener Zeit auch über die Möglichkeit einer multifunktionalen Nutzung von Klassenräumen zu beraten.
6. Folgende Optionen einer Verlegung der im Kellerbereich befindlichen Mensa sollten geprüft werden:
 - a) Anbau an den sog. „Stadtteiltreff“ (Grundschulaula) - Frage: Ist diese Maßnahme technisch machbar und kann eine Förderschädlichkeit ausgeschlossen werden?
 - b) Errichtung eines Mensaneubaus auf der Fläche des Pavillons mit Hilfe dann zur Verfügung stehender Fördergelder und Eigenmittel. Der marode Pavillon auf dem Schulgelände wird abgerissen.
7. In dem Gebäude werden gleichzeitig Räumlichkeiten geschaffen, um die Musikschule unterzubringen (evtl. 1. Etage oder angrenzend). Da es absolut sinnvoll und vorteilhaft ist, die Musikschule an die Grundschule anzubinden, kann mit diesem Konzept eine endgültige Zukunftslösung erreicht werden. Für ihre wichtige Arbeit und für die musikalische Ausbildung von Kindern benötigt die Musikschule weiterhin ein eigenes Domizil.

Sollte eine Entscheidung zur Auslagerung der Mensa getroffen werden, so können die freigewordenen Räumlichkeiten für weitere Gruppenräume genutzt werden. Dies würde der Verbesserung des Raumklimas im Keller entgegenkommen.

Aufgrund sich möglicherweise ändernder Rahmenbedingungen muss eine endgültige Entscheidung offengehalten werden.

Nach jetzigem Stand sind wir überzeugt, dass nach der Umsetzung der einzelnen Maßnahmen mit dem aktuellen Beschluss (besonders bzgl. der Feuchtigkeitsproblematik / Ent- und Belüftungstechnik, Dämmung, Maler- und Fußbodenarbeiten, Kanalsanierung und der elektrischen Installation) Kinder und OGS-Personal bessere Arbeits- und Betreuungsbedingungen erhalten werden.

Wie schon in der Vergangenheit zum Ausdruck gebracht, sehen wir die OGS-Betreuung als gesellschafts- und familienpolitische Notwendigkeit an. Da die Erfahrung aus anderen Bereichen zeigt, dass Fördermittel nach politischen Beschlüssen im Bund / Land in der Regel für die jeweiligen Maßnahmen (siehe z.B. Digitalpakt) nicht in ausreichendem Maß zur Verfügung gestellt werden und hohe Summen an Eigenmitteln eingesetzt werden müssen, halten wir es für sinnvoll, bereits zum jetzigen Zeitpunkt über die inhaltlichen Aspekte in diesem Schreiben zu beraten.

Freundliche Grüße

Manfred Stoller
UWE-Fraktionsvorsitzender

Michael Wehrmann
Hans Friedrichs